

Engel in Allendorf
22.8.2022

»Wiedervorlage am 28. Oktober«

»SPD im Dialog« erörtert Pläne für beitragsfreie Kitas

Gießen-Allendorf (csk). Auch die Politik kann den Euro nur einmal ausgeben. Fließt Geld in die Bildung, steht es zum Beispiel nicht mehr für Sozialwohnungen oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bereit. Dass die hessischen Sozialdemokraten von 2022 an jährlich 720 Millionen Euro mehr in Kinderbetreuung stecken möchten, sei deshalb »eine echte politische Setzung«, sagte Frank-Tilo Becher am Montagabend bei »SPD im Dialog« im Grünen Salon der Mehrzweckhalle Allendorf. Frühkindliche Bildung werde eines von drei Topthemen im Wahlkampf, kündigte der Gießener SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl an.

Hinzu kämen Mobilität und Wohnen. Geht es nach den Genossen, sind die Kitas 2022 landesweit für alle Kinder nach dem vollendeten ersten Lebensjahr beitragsfrei. »Die Zeit ist reif, einen radikalen Schnitt zu machen«, sagte Gerhard Merz, der nach gut zehn Jahren als Landtagsabgeordneter im Herbst nicht mehr kandidiert, mit Blick auf die aktuelle Gebührenlage. Was Eltern für Kitaplätze zahlen müssten, hänge »von der Haushaltslage der jeweiligen Gemeinde« ab und belaufe sich mit mehreren Kindern »manchmal auf eine zweite Miete«. Diese »vollkommen absurde Situation« sei ebenso wenig zu rechtfertigen wie »die Tatsache, dass Schulen

und Hochschulen gebührenfrei sind, Kitas aber nicht.« Parallel zur Abschaffung der Gebühren sieht der Gesetzentwurf mehr Personal vor. Eine Kita mit heute sieben bekommen so künftig zum Beispiel 10,3 Stellen, sagte Merz. Das Land übernehme dauerhaft 82,5 Prozent der Personalkosten – das entspreche den anvisierten 66,6 Prozent der Betriebskosten.

Bessere Arbeitsbedingungen

In der Endstufe bedeute all das von 2022 an zusätzliche Ausgaben von 720 Millionen Euro im Jahr, rechnete Merz vor. Nach 2020 stünden dem rund 500 Millionen Euro gegenüber, die Hessen jährlich beim Länderfinanzausgleich spare. Der Rest sei finanzierbar über Bundesmittel und Steuereinnahmen. Ein Zuhörer klagte, dass die Einsparungen so nicht mehr für andere sozialpolitische Projekte zur Verfügung stünden. »Man kann das Geld dann für nichts anderes ausgeben. Aber das ist eben Politik«, so Becher.

Unter dem Strich verbessere ihr Gesetzentwurf nicht nur die Betreuung der Kinder, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen, waren sich die Parteimitglieder einig. Neben Lohnsteigerungen sei dies ein zentraler Punkt, um den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung zu lindern. Angesichts der in Wiesbaden herrschenden Machtverhältnisse seien die Pläne allerdings kaum umsetzbar, räumte Merz ein und gestand, vorerst mit einer Ablehnung des Gesetzentwurfes zu rechnen. »Wiedervorlage am 28. Oktober« laute deshalb einstweilen sein Motto. Und Becher betonte: »Am 29. Oktober wollen wir damit beginnen, dieses hervorragende Gesetz durchzubringen.«



Über frühkindliche Bildung diskutieren der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Merz (2. v.l.) und sein möglicher Nachfolger Frank-Tilo Becher (2. v.r.) unter anderem mit Thomas Euler (r.) vom Ortsverband Allendorf und Moderator Stefan Prange (l.). (Foto: csk)